

Angaben zufolge - ein chinesischer Polizist getötet, 29 weitere schwer verletzt und 309 leicht verletzt wurden (XNA, 9.3.88 u.a.). Die Zahlenangaben über getötete Tibeter schwanken zwischen 7 und 16 (Reuter in: FAZ, 10.3.88; FEER, 17.3.88). Angeführt von etwa 300 jungen Lamas sollen sich mehrere Tausend Tibeter an den Unruhen beteiligt haben. Rund 100 Mönche sollen verhaftet worden sein. Chinesische Politiker verurteilten die neuerlichen Unruhen und der amtierende Ministerpräsident Li Peng forderte eine strenge Bestrafung der Urheber der Unruhen. -sch-

Kultur

*(19) Konferenz über chinesische Medizin

Kürzlich hat das Staatliche Amt für chinesische Medizin zum erstenmal eine nationale Konferenz über chinesische Medizin veranstaltet, zu der die Leiter der nachgeordneten Ämter für chinesische Medizin eingeladen waren. Auf der Konferenz wurde der derzeitige Zustand der traditionellen Medizin beklagt und ein Entwicklungsplan aufgestellt. Wenn sich die chinesische Medizin im gegenwärtigen Tempo weiterentwickle, so der Direktor des Staatlichen Amtes für chinesische Medizin, Hu Ximing (der zugleich stellvertretender Gesundheitsminister ist), dann würde es bis zum Jahre 2000 pro Tausend Einwohner nur 0,26 Ärzte für chinesische Medizin geben; das liege weit unter dem Niveau von 1949, als auf tausend Einwohner ein Arzt für chinesische Medizin kam. Der Staat habe der Bedeutung der traditionellen Medizin durch die Errichtung des Staatlichen Amtes für chinesische Medizin Rechnung getragen (das Amt wurde 1986 eingerichtet), doch gehe die Arbeit auf Provinzebene, wo entsprechende Ämter eingerichtet werden sollen, nicht gut voran. Vor allem seien die finanziellen Zuwendungen viel zu gering: An den Gesamtausgaben für das Gesundheitswesen habe der Anteil für die chinesische Medizin im Jahre 1987 nur 8% und der für sie zur Verfügung stehenden Krankenhausbetten nur 6,7% betragen. Außerdem bestehe ein großer Mangel an Ärzten der chinesischen Medizin, insbesondere solchen von hohem Niveau, und

das Niveau der Wissenschaft auf diesem Gebiet lasse ebenfalls zu wünschen übrig. Im Gegensatz dazu, so betonte Hu, erkenne alle Welt den Wert der chinesischen Medizin und Pharmazie an, die überall auf dem Vormarsch seien. Deshalb müsse China die traditionelle Medizin nicht nur bewahren, sondern auch ihre Weiterentwicklung intensiv betreiben. (RMRB, 13.3.88)

Damit China seine führende Position auf dem Gebiet der chinesischen Medizin nicht verliert, wurde auf der Konferenz ein Entwicklungsplan für die Periode 1988-2000 aufgestellt. Der Plan sieht u.a. vor, im ganzen Land ein Netz von Zentren der traditionellen chinesischen Heilkunde zu errichten und die Zahl der Krankenhausbetten bis zum Jahr 2000 um 380.000 auf insgesamt 520.000 Betten zu erweitern. In diesem Zeitraum sollen 250.000 Ärzte für chinesische Medizin ausgebildet werden, so daß bis zum Jahr 2000 jede Stadt drei bis vier Mediziner und jedes Dorf mindestens einen Arzt hat. Zusätzlich sollen je 5.000 Experten für chinesische Medizin und Experten für kombinierte westliche und chinesische Medizin ausgebildet werden. Auf dem Gebiet der Forschung sollen unabhängige Forschungsinstitute sowie an Hochschulen und Krankenhäuser angegliederte Institute gegründet werden. Ferner sollen Zentren für internationalen Wissenschaftsaustausch und für die Ausbildung von ausländischen Medizinern entstehen. Insgesamt sollen 3.000 ausländische Ärzte in chinesischer Medizin, Akupunktur, Massage und Qigong (Atemgymnastik) ausgebildet werden. (XNA, 16.3.88)

In zweierlei Hinsicht bedarf es verstärkter Bemühungen um die Entwicklung der traditionellen chinesischen Heilkunde: im Hinblick auf eine flächendeckende Versorgung der Bevölkerung und auf die Erhöhung des wissenschaftlichen Niveaus. Will China auf diesem Gebiet führend in der Welt sein, dann ist die Erforschung der chinesischen Heilkunde mit modernen wissenschaftlichen Methoden geboten. Es scheint aber, daß gerade in der medizinischen Wissenschaft Chinas die Skepsis gegenüber den Möglichkeiten der traditionellen Medizin in letzter Zeit zugenommen hat. Ein wesentlicher Anreiz für ihre Entwicklung dürfte jedoch das Interesse des Auslands sein. Schon jetzt sind chinesische Arzneimittel zu einem Exportschlager geworden. -st-

*(20)

Hochschulzugang

Auf einer nationalen Konferenz über die in diesem Jahr neu zu immatrikulierenden Hochschulstudenten wurde bekanntgegeben, daß 1988 640.000 neue Studenten in die regulären Universitäten und Hochschulen aufgenommen werden, 4% mehr als 1987. Hinzu kommen 60.000 Zulassungen für die Fernseh- und Fernhochschulen, so daß sich die Gesamtzahl der neu zugelassenen Studenten auf 700.000 beläuft (GMRB, 10.3.88). Die Staatliche Erziehungskommission legte einen Zulassungsplan bis 1990 vor. Danach sollen die Zulassungen jedes Jahr leicht steigen: 1989 mit 650.000 Zulassungen um 2%, 1990 mit 680.000 Zulassungen um 5% gegenüber dem jeweiligen Vorjahr. Die Zahl der Zulassungen zu den Fernseh- und Fernhochschulen soll 1989 und 1990 je 70.000 betragen. An Postgraduierten werden 1988-1990 pro Jahr 45.000 neu zugelassen.

Entsprechend dem Ansteigen der Zulassungsziffer verbessern sich die Chancen, einen Studienplatz zu erhalten. 1987 sollen 25,5% aller Abiturienten allgemeinbildender Mittelschulen zum Hochschulstudium zugelassen worden sein. In diesem Jahr soll es 2,48 Millionen Abiturienten geben; von ihnen werden 27,2% studieren. 1989 und 1990 wird dieser Anteil auf 28,2 bzw. 28,8% steigen (XNA, 10.3.88).

Wie der stellvertretende Leiter der Staatlichen Erziehungskommission Liu Zhongde auf der Konferenz ferner ausführte, wird die Planung des Hochschulzugangs künftig nach zwei unterschiedlichen Methoden vor sich gehen: Zum einen wird die Zentrale in Zusammenarbeit mit den örtlichen Erziehungsbehörden einen verbindlichen Plan (zhilingxing jihua) aufstellen, um die speziellen Bedürfnisse des Staates zu befriedigen. Zum anderen wird es einen Plan mit Anpassungscharakter (tiaojiexing jihua) geben, der von den Hochschulen auf der Grundlage ihrer Ausbildungskapazität aufgestellt wird und den Bedarf der verschiedenen gesellschaftlichen Bereiche decken soll. Insgesamt soll die staatliche Planung zugunsten der angepaßten Planung zurückgehen (GMRB, 10.3.88).

Auch das System der Zulassungsprüfungen zu den regulären Hochschulen, das bisher zentral (d.h. auf Provinzebene) organisiert war, soll

reformiert werden. Probeweise sollen in diesem Jahr in einigen Provinzen (Hubei, Liaoning, Shandong und Hebei) die Hochschulaufnahmeprüfungen auf Kreisebene durchgeführt werden (ebd.).

Mit der Reform des Hochschulzuges (vgl. auch die im April 1987 erlassene "Provisorische Verordnung über die Zulassung zu den allgemeinen Hochschulen", C.a. 1987/4, Ü 29) werden vor allem zwei Ziele verfolgt: Erstens will der Staat seine finanziellen Zuwendungen an die Universitäten reduzieren, d.h. er will nur die vom Staat später benötigten Studenten finanzieren. Die nach dem verbindlichen Plan des Staates zugelassenen Studenten werden in der Regel vom Staat unterstützt. Zweitens will sich der Staat der Verantwortung entziehen, allen Hochschulabsolventen einen Arbeitsplatz garantieren zu müssen. Da der Bedarf der staatlichen Stellen auf absehbare Zeit weitgehend gedeckt ist, soll der Arbeitsmarkt für Hochschulabsolventen zunehmend von der staatlichen auf die nichtstaatliche Ebene verlagert werden. -st-

***(21)
Provisorische Verordnung über Examen von Selbststudierern**

Der Staatsrat hat kürzlich eine "Provisorische Verordnung für Examen bei Selbststudium auf Hochschulebene" erlassen. Die Verordnung regelt die Examina für Leute, die im Selbststudium, z.B. an der Fernuniversität oder einer Fernhochschule, studieren sowie deren Behandlung nach Erlangung des Diploms. Beim Selbststudium werden zwei Arten unterschieden: Fach- und Grundstudium. Beide haben das gleiche Niveau und die gleichen Anforderungen wie die entsprechenden Studiengänge auf den regulären Hochschulen. Die Prüfungen stehen unter Leitung der Staatlichen Erziehungskommission und unter der Verantwortung des Staatlichen Prüfungsausschusses für Selbststudium an Hochschulen. Die Prüfungen selbst werden von Prüfungsausschüssen auf Provinzebene unter Leitung des Staatlichen Prüfungsausschusses durchgeführt. Die Prüfungsthemen werden vom Staatlichen Prüfungsausschuss festgelegt, wobei zwischen national einheitlichen Themen, regionalen und provinziellen Themen unterschieden wird. Die Studiendauer beträgt für ein Fachstudium 3-4 Jahre, für ein Grundstudium 4-5 Jahre. Für jedes

Fach muß eine Prüfung abgelegt werden, für die bei Bestehen ein Diplom vergeben wird. Bei Nichtbestehen kann die Prüfung das nächste Mal wiederholt werden. Mit dem Diplom wird der entsprechende akademische Grad verliehen.

Was die Behandlung der auf diese Weise Diplomierten angeht, so sollen sie grundsätzlich den Absolventen der regulären Hochschulen gleichgestellt sein. Bei Leuten, die bereits berufstätig waren, soll deren Einheit oder die übergeordnete Verwaltungsebene der neu erlangten Qualifikation Rechnung tragen und deren Arbeit entsprechend dem Bedarf angleichen. Leuten, die noch nicht berufstätig waren, einschließlich Bauern, sollen die Personalämter auf Provinzebene im Rahmen ihrer Möglichkeiten Stellen vermitteln. Die Gehälter der Diplomierten sollen denen der Absolventen regulärer Hochschulen entsprechen. (RMRB, GMRB, 22.3.88)

Die Gleichstellung von Leuten, die ein Selbststudium absolviert haben, mit Absolventen regulärer Hochschulen war von Anfang an vorgesehen. In der Praxis dürften allerdings gravierende Unterschiede bestehen, denn Absolventen eines Selbststudiums haben keine Chance, eine staatliche Stellung zu erhalten. Sie kommen im nichtstaatlichen Bereich unter, wo die Gehälter meist niedriger sind. Auch ist es bei Leuten, die bereits berufstätig waren, fraglich, ob sie in ihrer jeweiligen Einheit befördert werden.

Das Selbststudium wurde 1981 eingeführt und wird als wichtige Ergänzung zum regulären Hochschulsystem betrachtet, weil die Ausbildung im Selbststudium nur ein Zehntel der Ausbildung eines regulären Studenten kostet. Seit 1981 haben 3 Millionen Selbststudium-Kandidaten eine Prüfung abgelegt, darunter haben 150.000 junge Chinesen ein Hochschuldiplom und über 2 Millionen ein Diplom in einem Fach erlangt. Auch auf Fachmittlechulebene kann man ein Diplom erwerben (bisher gut 70.000). Die Prüfungen werden inzwischen in allen 29 Einheiten auf Provinzebene durchgeführt (RMRB, 22.3.88). -st-

***(22)
System der Arbeitsplatzzuteilung für Studenten wird erst mittelfristig abgeschafft**

Die Reform der Arbeitsplatzzuweisung für Hochschulabsolventen mit dem Ziel der Abschaffung der Arbeitsplatzgarantie und der Einführung der eigenverantwortlichen Stellensuche scheint unter chinesischen Studenten nicht einhellige Zustimmung zu finden. Dies geht aus einem Gespräch hervor, das die stellvertretenden Leiter der Staatlichen Erziehungskommission He Dongchang und Liu Zhongde kürzlich mit Studentenvertretern von neun Hochschulen führten und über das die *Volkszeitung* und die *Guangming-Zeitung* ausführlich berichteten (vgl. RMRB, 14.3.88; GMRB, 13. u. 15.3.88). Allein die Tatsache, daß die Politiker mit den Studentenvertretern über dieses Thema diskutierten, läßt vermuten, daß es Kritik an der Reform gibt. So äußerten die Studenten denn auch ihre Befürchtung, daß sie ohne staatlich garantierten Arbeitsplatz keine Stellung finden würden. Als Hauptargument führten sie ins Feld, daß es bei Stellenbesetzungen in erster Linie auf gute Beziehungen und weniger auf die Kenntnisse ankomme, daß also kein echter Wettbewerb bestehe. Daher würden Hochschulabsolventen, die vom Lande kommen und keine Beziehungen haben, große Schwierigkeiten haben, selbst eine ihren Fähigkeiten entsprechende Stelle zu finden.

Die Politiker beruhigten die Studenten. Erstens könne der Bedarf an Hochschulabsolventen immer noch bei weitem nicht befriedigt werden. In diesem Jahr würden 460.000 Studenten die Universität verlassen, gebraucht aber würden 700.000. Die Studenten brauchten also keine Sorge zu haben, daß sie keine Arbeit finden würden. Lediglich in den Großstädten und den großen Institutionen sei es schwieriger, unterzukommen. Zweitens würde der überwiegenden Zahl der Absolventen in diesem Jahr wie auch noch in den nächsten Jahren weiterhin ein Arbeitsplatz nach dem alten System zugewiesen. Generell werde das neue System zum erstenmal für die Studenten Geltung finden, die 1989 mit dem Studium beginnen, d.h. es werde in der Regel erst 1992 oder 1993 wirksam. Die gegenwärtig Studie-

renden, einschließlich des diesjährigen neuen Studentenjahrgangs, seien von der Reform noch nicht betroffen. Drittens werde auch danach ein gewisser Anteil der Studenten vom Staat in Stellen vermittelt. Und viertens gehe es nicht darum, die Arbeitsplatzgarantie für die Studenten abzuschaffen, sondern den Grundsatz der "eisernen Reisschale" - d.h. also die Garantie für lebenslange Beschäftigung in einer staatlichen Stellung. -st-

***(23)
Rückkehrerquote von Auslandsstudenten**

Es ist bekannt, daß eine große Zahl der im westlichen Ausland studierenden chinesischen Studenten nach Studienabschluß nicht nach China zurückkehrt. Wie hoch dieser Anteil ist, läßt sich nicht beziffern, da die offiziellen chinesischen Angaben zu ungenau sind und es im Interesse der Regierung liegt, die Zahlen nicht offenzulegen.

Seit 1978, so heißt es in der jüngsten Xinhua-Meldung zu diesem Thema, habe China 50.000 Studenten zum Studium in über 70 Länder geschickt. Davon sollen bisher 20.000 Studenten zurückgekehrt sein. Von denen, die noch im Ausland sind, sollen 20.000 Regierungsstipendiaten und 10.000 Selbstzahler sein (XNA, 26.3.88). Hieraus auf eine Rückkehrerquote von 40% zu schließen, wäre allerdings nicht korrekt, weil unklar ist, ob unter den 30.000 noch im Ausland befindlichen Studenten nicht auch solche sind, die ihr Studium noch nicht beendet haben, bei denen also noch die Chance besteht, daß sie zurückkehren. Zudem ist es fraglich, ob die genannten Zahlen stimmen. Zumindest die Zahl der Selbstzahler muß weitaus höher liegen als bei 10.000, denn eine Meldung vom Februar 1988 besagt, daß allein in den USA gegenwärtig 10.000 Selbstzahler studieren (XNA, 16.2.88). Wie es scheint, hat die chinesische Regierung keinen genauen Überblick über die Zahl derjenigen, die nicht auf Kosten des chinesischen Staates im Ausland studieren.

Fest steht jedoch, daß die hohe Quote von Studenten, die im Ausland bleiben wollen, für die Regierung ein Problem ist. Die Ende 1986 erlassenen "Vorläufigen Bestimmungen für das Auslandsstudium" (vgl. C.a., 1987/6, Ü 24) tragen dem Problem in mehrfacher

Hinsicht Rechnung. So sollen heute vorwiegend Postgraduierte und Wissenschaftler ins Ausland geschickt werden, die in China bereits eine Stellung haben. Sie müssen sich gegenüber ihrer Einheit zur Rückkehr verpflichten. Tatsächlich soll die Rückkehrerquote unter den vom Staat entsandten Wissenschaftlern über 90% betragen (XNA, 26.3.88).

Unter den Graduierten, d.h. Studenten, die in China das erste Examen abgelegt haben und im Ausland ihren M.A. oder Doktorgrad erwerben wollen, scheint die Bereitschaft zum Zurückgehen allerdings bisher nicht sehr groß zu sein. Derselben Quelle zufolge hat der chinesische Staat seit 1982 12.000 Graduierte ins Ausland geschickt. Davon sollen bisher lediglich 200 Studenten zurückgekommen sein. Gewöhnlich, so wird entschuldigend gesagt, dauert es bis zur Erlangung des Doktorgrades vier bis fünf Jahre. Die Regierung erwartet, daß die Rückkehr dieser Studenten in diesem Jahr beginnt (ebd.).

Die Ermittlung der genauen Zahl der im Ausland Studierenden und der Rückkehrerquote wird auch dadurch erschwert, daß bei den chinesischen Angaben nicht immer ersichtlich ist, welche Kategorien von Studenten die jeweils genannten Zahlen umfassen. -st-

***(24)
Goethe-Institut in Beijing**

Am 25.3.1988 unterzeichneten Bundesaußenminister Genscher und der Botschafter der Volksrepublik China Guo Fengming in Bonn ein Protokoll über die Errichtung eines Goethe-Instituts in Beijing. An dem Institut können chinesische Lehrer, Dolmetscher und Wissenschaftler Deutsch lernen. Der Plan für die Errichtung eines Goethe-Instituts in Beijing war im Grundsatz schon in dem Kulturabkommen zwischen China und der Bundesrepublik vom 24.10.1979 enthalten und wurde dann anläßlich von Genschers Besuch in China im Oktober 1985 beschlossen. Das Protokoll hat eine Gültigkeit von fünf Jahren; es sieht für China die Option vor, ein entsprechendes Institut zur Erlernung der chinesischen Sprache in der Bundesrepublik zu errichten. (XNA, 26.3.88) -st-

***(25)
Erste nationale Buchmesse in Shanghai**

Ende März fand in Shanghai eine einwöchige chinesische Buchmesse statt, die erste nationale Buchmesse in China. 120 Verlage und 500 Buchhandlungen aus ganz China stellten 40.000 Titel aus. Daneben wurden Symposien und Rezensionswettbewerbe veranstaltet. Einige Buchhändler aus Japan, Singapur und Hongkong nahmen auf persönliche Einladung an der Messe teil. Die Messe wird als Vorbereitung auf die internationale Buchmesse in Shanghai angesehen, die 1990 stattfinden soll. (XNA, 24.3.88)

Es ist kein Zufall, daß die Buchmesse in Shanghai stattfindet, denn traditionell ist Shanghai das größte Publikationszentrum Chinas. Vor 1949 galt Shanghai als Pressezentrum Chinas, und dort waren auch die meisten und namhaftesten Verlagshäuser angesiedelt. Heute dürfte es auf diesem Sektor allerdings von der chinesischen Hauptstadt übertrumpft sein. -st-

***(26)
Neue "Liste der gebräuchlichsten Schriftzeichen der gegenwärtigen chinesischen Sprache"**

Um den Bedürfnissen des Sprachunterrichts, des Redigierens von Texten und der Anordnung der chinesischen Zeichen bei Maschinenschreiben und im Nachrichtenwesen zu entsprechen, hat das Staatliche Komitee für Sprach- und Schriftarbeit eine neue "Liste der gebräuchlichsten Schriftzeichen der gegenwärtigen chinesischen Sprache" (Xiandai Hanyu changyong zibiao) erstellt, die kürzlich gemeinsam von dem Komitee und der Staatlichen Erziehungskommission veröffentlicht worden ist. Die Liste besteht aus zwei Teilen, einer Liste der gebräuchlichsten Zeichen, die 2.500 Schriftzeichen umfaßt, und einer 1.000 Schriftzeichen enthaltenden Liste der nächst häufigen Zeichen. Nachdem die Listen erstellt waren, hat man über Computer Stichprobenstatistiken angefertigt, um die ermittelte Häufigkeitsrate der gebräuchlichsten Zeichen zu überprüfen. Dabei wurde festgestellt, daß die Abdeckungsrate der gebräuchlichsten Schriftzeichen 97,97% beträgt, die der nächst häufigen Zeichen jedoch lediglich 1,51%. Insgesamt wird mit den beiden Listen (d.h. mit 3.500 Zei-

chen) eine Abdeckungsrate von 99,48% erreicht. Eine erste Liste der 2.000 häufigsten Schriftzeichen wurde im Jahre 1952 veröffentlicht. Diese wurde 1979 auf 2.500 erweitert. Der Gebrauch der Zeichen verändere sich im Laufe der Zeit, hieß es von seiten der Fachleute; gegenwärtig habe der Anteil von Schriftzeichen des wissenschaftlich-technischen Bereichs relativ stark zugenommen. (RMRB, 3.3.88) -st-

*(27)

Nationale Wissenschaftskonferenz

Vom 8.-10. März 1988 fand in Beijing eine vom Staatsrat einberufene nationale Konferenz über Wissenschaft und Technik statt. Nach den beiden großen Wissenschaftskonferenzen vom April 1978 und vom März 1985 handelte es sich um die dritte nationale Wissenschaftskonferenz der nachmaoistischen Zeit. Die Bedeutung der ersten Konferenz von 1978 lag darin, daß seinerzeit Deng Xiaoping eine bahnbrechende Rede hielt, in der er Wissenschaft und Technik als Produktivkräfte und die Intellektuellen als zur Arbeiterklasse gehörend bezeichnete und damit die Wissenschaft insgesamt rehabilitiert wurde. Diskussionsgegenstand der Konferenz von 1985 war die Reform des Wissenschaftssystems, die unmittelbar im Anschluß an die Konferenz vom ZK beschlossen wurde. Im Unterschied zu den beiden vorausgegangenen Zusammenkünften hat die jüngste keine spektakulären Ergebnisse zu verzeichnen. Es ging lediglich darum, den bisherigen Reformkurs zu bestätigen und alle Beteiligten zu einer Intensivierung der Reformen in Wissenschaft und Technik zu ermuntern. Hauptzweck der Intensivierung der Reformen ist die Belebung der Volkswirtschaft; als Voraussetzung dafür sollen die Verbindungen zwischen Wissenschaft und Technik auf der einen und der Wirtschaft auf der anderen Seite weiter gestärkt werden.

Höhepunkte der Konferenz waren die Reden von Minister Song Jian, Leiter der Staatlichen Kommission für Wissenschaft und Technik, Staatsrat Fang Yi und Ministerpräsident Li Peng. Alle drei Politiker befaßten sich mit wichtigen Aspekten der Reform, die im folgenden kurz zusammengefaßt werden. Darüber hinaus diskutierten und billigten die Konferenzteil-

nehmer einen vom Staatsrat vorgelegten Katalog von sechs Aufgaben für die künftige Arbeit in Wissenschaft und Technik.

Song Jian, der am Eröffnungstag sprach, betonte in seiner Rede, daß sich Wissenschaft und Technik seit Beginn der Wissenschaftsreform vor drei Jahren positiv in Richtung auf eine sozialistische Marktwirtschaft hin verändert hätten, daß aber die guten Bedingungen und das enorme Potential von Wissenschaft und Technik bei weitem noch nicht ausgeschöpft seien. Seine Ausführungen zur Intensivierung der Reformen kreisten um zwei Punkte: die Flexibilisierung der Struktur der wissenschaftlichen Forschung und der Personalpolitik im Wissenschaftsbereich.

Hinsichtlich der Veränderung der Forschungsstruktur forderte er u.a.: Einführung von mehr Wettbewerb, bei Forschungsinstitutionen, die anwendungsorientiert arbeiten, Einführung von verschiedenen Formen betrieblicher Verantwortungssysteme auf Vertragsbasis, Verbesserung der Arbeitsbedingungen und finanziellen Lage der wissenschaftlichen Institute bzw. ihrer Mitarbeiter durch eigene Beiträge zum wissenschaftlich-technischen Fortschritt, Stärkung der Selbstverwaltung der Institute, Errichtung verschiedener Formen von neuartigen wissenschaftlichen Produktionsbetrieben, die auf den Binnen- und Außenmarkt gerichtet sind, Unterstützung verschiedener Formen von Forschungsorganen - von volkseigenen über kollektive bis hin zu individuell und privat betriebenen Instituten.

Hinsichtlich der Personalpolitik im Wissenschaftsbereich sprach sich Song Jian dafür aus, Wissenschaftlern und Technikern die gesetzmäßigen Einkünfte aus Dienstleistungs- und technischen Verträgen zu garantieren. Zur Förderung des Know-how-Transfers in unterentwickelte Gegenden sollen die örtlichen Stellen geeignete politische Maßnahmen ergreifen, um Fachleute in solche Gebiete zu ziehen, wo ein Mangel an Experten herrscht (RMRB, 9.3.88).

Auch Fang Yi widmete sich in seiner Rede vor allem der Personalpolitik. Gegenwärtig gebe es in China 8,68 Millionen Naturwissenschaftler und Techniker, ein enormes Potential, das aber in keinem Verhältnis zu den begrenzten wissenschaftlich-technischen Ergebnissen stehe.

Das liege am System. Er plädierte daher für mehr Wettbewerb in Wissenschaft und Technik, z.B. durch Ausschreibungen, technische Verträge und Gründung von Unternehmen durch Wissenschaftler und Techniker. Die Gesellschaft müsse Wissen und Fachleute mehr respektieren, und es müsse eine demokratische und akademisch freie Atmosphäre herrschen, damit die Wissenschaftler und Techniker ohne Furcht und Sorge forschen könnten. Wichtig sei auch die gesetzliche Regelung von Einstellung, Nebentätigkeiten, Kündigung, Arbeitsplatzwechsel und Arbeitsplatzzuweisung bei Wissenschaftlern und Technikern (ebd.).

Li Peng hielt seine Rede am 10.3., dem letzten Konferenztag. Er hatte seine Ausführungen in vier Punkte gegliedert:

1. Die strategische Bedeutung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts: Ausgehend von der Priorität, die der XIII. Parteitag Wissenschaft und Technik bei der wirtschaftlichen Entwicklung eingeräumt hat, hob der Ministerpräsident noch einmal die Notwendigkeit hervor, den wissenschaftlich-technischen Fortschritt in China zu beschleunigen. Er forderte Wissenschaft und Technik auf, sich speziell in der Küstenregion zu engagieren, für deren wirtschaftliche Entwicklung Zhao Ziyang kürzlich eine Strategie entworfen habe, die vom ZK gebilligt worden sei.
2. Beschleunigung und Vertiefung der Reform des Wissenschaftssystems: Ziel dieser Reform sei die Integration von Wissenschaft/Technik und Wirtschaft, ein Problem, das noch nicht gelöst sei. Ähnlich wie Song Jian schlug auch Li Peng die Einführung eines betrieblichen Verantwortungssystems auf Vertragsbasis in den Forschungsorganisationen sowie von Wettbewerbs- und Marktmechanismen in Wissenschaft und Technik vor. Forschung solle durch Projektförderung, Ausschreibungen und Verträge finanziert werden; ferner sei die Entwicklung eines Technologiemarktes zu fördern. Forschungsprojekte sollten auf die Nachfrage und den zukünftigen Markt ausgerichtet sein, doch sollte auch Grundlagen- und High-Tech-Forschung genügend Aufmerksamkeit gewidmet

- werden. Positiv bewertete er, daß durch die Entstehung zahlreicher nichtstaatlicher Forschungsinstitute und technischer Betriebe das Monopol des Staates auf wissenschaftliche Forschung beendet worden sei. In vielen der staatlichen Forschungsinstitute herrsche noch ein Überschuß an Wissenschaftlern und Technikern. Diese sollten ermuntert werden, in nichtstaatliche Organisationen zu gehen.
3. Stärkung der Rolle der Wissenschaftler und Techniker: Wissen und Fachleuten gegenüber sei Respekt entgegenzubringen, und es sei eine politische Umgebung der Demokratie und Einheit erforderlich, damit die Wissenschaftler unbesorgt und in Ruhe arbeiten können. Der Staat werde sich weiter wie bisher bemühen, die Arbeits- und Lebensbedingungen der Wissenschaftler und Techniker zu verbessern.
 4. Stärkung der Führung und Unterstützung der wissenschaftlich-technischen Arbeit: Die Regierungen aller Ebenen sollten den wissenschaftlich-technischen Fortschritt als wichtigstes Glied der wirtschaftlichen Entwicklungsstrategie ansehen und alles dazu tun, daß Wissenschaft/Technik und Wirtschaft enger miteinander verbunden werden. Überdies sollten sie ihre Investitionen in den wissenschaftlich-technischen Fortschritt steigern (RMRB, 13.3.88; Übers. in SWB, 23.3.88).

Die obenerwähnten sechs Aufgaben für die zukünftige Arbeit auf dem Gebiet der Wissenschaft und Technik, die auf der Abschlußsitzung akzeptiert wurden, haben folgenden Inhalt:

1. Wissenschaft und Technik sollen mit ganzer Kraft für die Verwirklichung der wirtschaftlichen Entwicklungsstrategie für die Küstenregion eingesetzt werden. Staatliche Forschungsorgane, Hochschulen und Betriebe sollen die Initiative ergreifen und in der Küstenregion Firmen, Betriebe und Zweiginstitute gründen, die auf dem internationalen Marktwettbewerbsfähige Produkte entwickeln sollen.
2. Die traditionellen Industrieanlagen sollen modernisiert werden, um ihr technisches Niveau und ihre Produktivität zu steigern. Die Modernisierung der Produktionstechniken und -anlagen soll insbesondere auf den Sektoren Landwirtschaft, Energie, Rohstoffe, Verkehr, Fernmeldewesen, Maschinenbau, Elektronik, Leicht- und Textilindustrie vorangetrieben werden. Damit sollen zwei Ziele verfolgt werden: die Produktion von devisa-bringenden Exportgütern zu steigern und auf den wichtigsten Gebieten der Industrie das Niveau der entwickelten Länder vom Ende der siebziger/Anfang der achtziger Jahre zu erreichen.
3. Die Entwicklung neuer Technologien und von High-Tech-Produktion soll vorangetrieben werden. Dabei soll der Niveauunterschied zum Ausland verringert werden. Verwiesen wird in diesem Zusammenhang auf das im Jahre 1987 vom ZK und Staatsrat verabschiedete High-Tech-Programm (vgl. C.a. 1987/4, Ü 28). Insbesondere Projekte mit guten Voraussetzungen sollen vorrangig gefördert werden.
4. Der "Initialzündungsplan" für die Forschung soll eine neue Etappe erreichen und vor allem in den Dienst der Belebung der ländlichen Wirtschaft gestellt werden. Nach dem Prinzip der "Initialzündung" soll sich in der Küstenregion und in den großen und mittelgroßen Städten eine große Anzahl von Anlagen mit hohem technischen Niveau konzentrieren, von denen dann auf die umliegenden dörflichen und kleinstädtischen Betriebe die "Initialzündung" übergehen soll, damit auch dort devisa-bringende Exportwaren produziert werden können. In den westlichen Gebieten Chinas sollen die Land- und Viehwirtschaft sowie das Nebentätigkeitsgewerbe entfaltet werden, aber auch der Bergbau und die Baumaterialindustrie, wobei die gute Rohstoffsituation auszunutzen und die Rohstoffindustrie auszubauen sei.
5. Die Grundlagenforschung soll stärker unterstützt werden. Entsprechend den Bedingungen in China soll der Schwerpunkt auf solchen Projekten liegen, die sich international schnell entwickeln und Aussicht auf Anwendung haben, insbesondere solche, die von der guten Rohstofflage und den natürlichen Besonderheiten Chinas profitieren können, die schon eine gewisse Grundlage haben und relativ schnell in die vorderste Front der Welt eindringen können. Man kann nicht verlangen, so heißt es, daß alle Grundlagenforschung sofort zu praktischer Anwendung und wirtschaftlichem Erfolg führt. Deshalb sollen auch solche Projekte gefördert werden, deren Anwendungswert noch nicht abzusehen ist, die aber von hohem wissenschaftlichen Wert sind.
6. Die Untersuchungen auf dem Gebiet der Gesetzgebung und der Politik hinsichtlich Wissenschaft und Technik sollen intensiviert werden, um die Reform und die Weiterentwicklung von Wissenschaft und Technik zu garantieren. Dabei sind vor allem folgende Probleme zu lösen: (a) Die Beziehungen zwischen der Zentrale und der örtlichen Ebene müssen geregelt werden. Da die örtlichen Bedingungen und der Entwicklungsstand nicht gleich sind, ist die Zeit noch nicht reif für landesweite Regelungen. Deshalb sollen die örtlichen Stellen je nach ihren Gegebenheiten lokale Gesetze und Vorschriften erlassen. (b) Die Politik und die Bestimmungen auf diesem Gebiet müssen so angelegt sein, daß sie der Stabilität und dem Fortgang der Reformen nicht schaden. (c) Das Verhältnis zwischen Gesetzgebung und Einhaltung der Gesetze muß gut geregelt werden. (RMRB, 11.3.88)

Wie keine andere hat diese 3.nationale Wissenschaftskonferenz gezeigt, daß in der offiziellen chinesischen Politik Wissenschaft und Technik ausschließlich unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten betrachtet werden. Dies gilt selbst für die Grundlagenforschung, die nur gefördert wird, weil einzelne Projekte möglicherweise eines Tages wirtschaftlichen Erfolg bringen könnten. Der prioritären Bedeutung von Wissenschaft und Technik entspricht allerdings in keiner Weise die Behandlung der Wissenschaftler und Techniker. Diese werden zwar ermuntert, ihre teilweise unzureichenden materiellen Bedingungen durch eigene anderweitige Initiativen, die möglichst auch noch dem wirtschaftlichen Fortschritt dienen

sollen, aufzubessern, aber die bürokratischen Hindernisse und die Rechtsunsicherheit sind groß und haben eine eher abschreckende Wirkung auf die Wissenschaftler und Techniker. Überdies dürften viele von ihnen überfordert sein, wenn man von ihnen verlangt, daß sie durch zusätzliche Aktivitäten ihre Gehälter aufbessern sollen.

Im übrigen wird wie im Bereich der Wirtschaft auch auf wissenschaftlich-technischem Gebiet die ungleiche Entwicklung zur Maxime erhoben. Vorrangig werden die Küstenregionen gefördert, wo sich ohnehin die meisten wissenschaftlichen und technischen Einrichtungen befinden; man erhofft sich, daß von dieser Förderung eine Initialzündung auf die unterentwickelteren Gebiete ausgeht. Das gleiche gilt für die Forschungsgebiete mit den besten Voraussetzungen, weil ihre Förderung schneller zu Erträgen führt, die dann wiederum zur Förderung unterentwickelter Forschungsgebiete verwendet werden können. -st-

***(28)
Bestimmungen über zusätzliche
Aktivitäten von Presse- und Buch-
verlagen**

Die Staatliche Behörde für das Presse- und Publikationswesen und das Staatliche Amt für die Verwaltung von Industrie und Handel haben Mitte März eine "Vorläufige Regelung über bezahlte Dienstleistungen und Geschäftsaktivitäten von Zeitungs-, Zeitschriften- und Buchverlagen" erlassen. Darin werden die Aktivitäten, die Zeitungs-, Zeitschriften- und Buchverlagen erlaubt sind, genau festgelegt. So dürfen diese Verlage außer dem Anzeigengeschäft gegen Bezahlung alle Arten von Beratungen, Literatur- und Kunstveranstaltungen sowie Informationsveranstaltungen durchführen und photographische Dienste anbieten. Zeitungen und Zeitschriften dürfen darüber hinaus nach Genehmigung durch die zuständigen Stellen wirtschaftliche Unternehmen gründen, die jedoch in Zusammenhang mit ihren eigentlichen Aktivitäten stehen müssen (also z.B. Papierfabriken, Druckereien u.ä.). Redakteure und Reporter dürfen Informationen zur Verfügung stellen, sich dafür aber nicht persönlich bezahlen lassen. (RMRB, 23.3.88)

Die Bestimmungen sind ein weiteres Beispiel dafür, daß der Staat alle Einheiten, auch staatliche Stellen, ermuntert, zusätzliche Einkünfte zu erzielen. -st-

***(29)
Heirats- und Scheidungsrate**

Laut Statistik haben 1987 in ganz China 9.701.000 Paare die Eheschließung beantragt. Die Heirat wurde aber nur 9.247.000 Paaren gewährt. Damit kamen auf 1.000 Einwohner 17,2 Menschen, die eine Ehe eingingen. Ein Eheantrag wird nicht gewährt, wenn die Heiratswilligen zu jung sind (RMRB, 24.3.88). Der Anteil der nicht gewährten Ehen hält sich in Grenzen, weil die jungen Leute allgemein mit dem Ehegesetz vertraut sind.

Ungleich höher ist der Anteil der verweigeren Scheidungsanträge. 1987 wurden offiziell 1.027.000 Scheidungsanträge gestellt, doch wurde die Scheidung nur bei 581.000 Paaren ausgesprochen. Damit wurden pro Tausend Einwohner 1,1 Personen geschieden, was gegenüber dem Vorjahr einen Zuwachs von 0,1 Personen bedeuten soll (ebd.). In China wird bei jedem scheidungswilligen Paar versucht, die Ehe durch Vermittlung zu erhalten. Erst wenn der Vermittlungsversuch gescheitert ist, wird dem Scheidungsantrag stattgegeben. Die Statistik zeigt, daß die Vermittlung in fast der Hälfte aller Fälle Erfolg hat. -st-

Außenwirtschaft

***(30)
Staatsrat will Außenhandelssystem
umstrukturieren**

Der Staatsrat entwickelte kürzlich einen neuen Plan zur Beschleunigung und Verstärkung der Reform im Außenhandel. Die grundlegenden Konzepte dieses neuen Plans sind wie folgt:

Ein Vertragssystem wird für alle Außenhandelsabteilungen eingeführt; alle Provinzen, autonomen Regionen sowie regierungsunmittelbare Städte und Städte, die das Recht zum unabhängigen Planen haben, werden an den Staat bestimmte Summen von Devisen abliefern und gewisse wirtschaftliche Effizienzindizes erhalten, und zwar nach den Verträgen, die sie mit dem Staat abgeschlossen haben. Nationale Außenhandelsgesellschaften und nationale Gesellschaften, die Import und Export industrieller Güter durchführen, werden den Handel einiger Güter entsprechend

der Kontrakte durchführen. Einige nationale Gesellschaften, die mit industriellen Gütern handeln, werden ebenso entsprechend von Verträgen operieren. Nachdem das Vertragssystem, das den Außenhandel steuert, für verschiedene Außenhandelsabteilungen eingeführt worden ist, wird die Außenhandelsplanung entsprechend umstrukturiert.

Die Zahl der Befehlspläne und die Anzahl der Güter, deren Export durch den Staat kontrolliert ist, werden entsprechend reduziert; es wird eine stärkere makroökonomische Leitung und Ausgleichskontrolle geben. Der Handel mit einigen Exportgütern wird von nationalen Außenhandelsgesellschaften oder Im- und Exportgesellschaften für industrielle Güter oder gemeinschaftlich durch nationale Gesellschaften und ihre Filialen durchgeführt. Nationale Außenhandelsgesellschaften werden als Agenten bei der Bestellung gewisser Güter aus dem Ausland fungieren. Lokale Außenhandelsgesellschaften und Import- und Exportgesellschaften für Industriegüter sowie gut geführte Unternehmen wird die Erlaubnis gegeben, sich mit dem Hauptteil der Import- und Exportgüter zu befassen. In dem Fall, wo Import- oder Exportgüter durch Exportquoten kontrolliert werden oder Lizenzen erforderlich sind, soll die Bewerbung um Quoten oder Lizenzen entsprechend den Regelungen der Wirtschafts- und Handelsabteilungen vorgenommen werden.

Nachdem das Vertragssystem für den Außenhandel für alle Außenhandelsabteilungen eingeführt worden ist, wird die Kontrolle der Devisen ebenso umstrukturiert, und zwar in der Weise, daß das System der Zuteilung von Devisen weiter verbessert werden kann. Beginnend im Jahre 1988 können Devisen, über die die verschiedenen Gebietskörperschaften, Abteilungen, staatlichen Unternehmen sowie Kollektivunternehmen und Institutionen wie auch die ausländischen Unternehmen verfügen, an Devisenhandelszentren gehandelt werden. Diese Zentren werden mit Genehmigung der Devisenverwaltungsabteilungen errichtet.

Unter der Führerschaft der lokalen Volksregierungen werden die lokalen Filialen aller nationaler Außenhandelsgesellschaften und einiger nationaler Gesellschaften für Import und Export industrieller Güter zu